

Die Türkei nach den Parlamentswahlen vom 7. Juni 2015

Veranstalter: Südosteuropa-Gesellschaft / Deutsch-Türkische Gesellschaft Bonn / Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik / Deutsche Welle
Bonn, 25. Juni 2015

Bericht von Arian Fariborz, Köln

□ Steht die Türkei nach dem Verlust der absoluten Mehrheit der AKP vor einer neuen Epoche? Ist Präsident Recep Tayyip Erdoğan mit seinen Allmachtsansprüchen endgültig gescheitert? Sind wir – u.a. mit dem Erfolg einer sich nicht nur als Kurdenpartei definierenden HDP – Zeugen der Entstehung einer neuen politischen Kultur in der Türkei? Diese Fragen beschäftigten Medienvertreter und Türkei-Experten auf der hochkarätig besetzten Diskussionsveranstaltung der Südosteuropa-Gesellschaft, der Deutsch-Türkischen Gesellschaft e.V. und der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik im Gremiensaal der Deutschen Welle (DW) in Bonn.

Nach 13 Jahren Alleinregierung hat die islamisch-konservative AKP die Parlamentswahl am 7. Juni 2015 mit rund 41 Prozent der Stimmen zwar gewonnen, jedoch neun Prozentpunkte im Vergleich zu 2011 verloren und die angestrebte Zweidrittelmehrheit verfehlt. Zweitstärkste Partei wurde die Mitte-Links-Partei CHP mit rund 25 Prozent, drittstärkste die ultrarechte MHP mit etwa 16 Prozent. Die pro-kurdische HDP überwand mit 13 Prozent die 10-Prozent-Hürde.

Wenige Tage nach der historischen Wahlschlappe der AKP trat der türkische Ministerpräsident Ahmet Davutoğlu zurück. Zwar handelte es sich bei diesem Rücktritt um eine Routineprozedur nach der Parlamentswahl, denn das Rücktrittsgesuch des Kabinetts beim Staatspräsidenten nach der Wahl ist in der Türkei von der Verfassung vorgesehen. Im Anschluss muss der Staatsschef die Partei, die bei der Wahl stärkste Kraft wurde, mit der Regierungsbildung beauftragen. Dennoch hatte dieser Schritt wohl Symbol-Charakter und führte die deutliche Niederlage der AKP bei der Parlamentswahl vor Augen.

Nach der Wahl dürfte Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan zunächst den Chef der AKP, Ministerpräsident Ahmet Davutoğlu, mit der Bildung einer Koalitionsregierung beauftragen. Sollte es nicht gelingen, eine neue Regierung zu bilden, könnte es im November 2015 zu Neuwahlen kommen. – Quo vadis Türkei? Vor allem die Frage nach den politischen Perspektiven für die AKP nach den Wahlen sowie nach dem Zustandekommen einer Koalition beschäftigte die Panelisten der Diskussionsveranstaltung.

Zunächst warf Prof. em. Dr. *Heinz Jürgen Axt*, Vizepräsident der Südosteuropa-Gesellschaft, in seinem Eingangreferat zwei Kernfragen zur historischen Entwicklung des türkischen Parteiensystems auf, um Rückschlüsse auf die gegenwärtige innenpolitische Situation zu ziehen. Erstens: Wie hat sich das Parteienspektrum in der Türkei entwickelt, seitdem es seit 1946 Wahlen und ein Mehrheitsparteiensystem gibt? Und zweitens: Wie kann man vor diesem Hintergrund den Aufstieg der AKP seit 2002 erklären (und wo sind in diesem Zusammenhang die Bruchstellen und auch Stolpersteine für die AKP)?

Wenn man die Entwicklung der Parteien von 1946 bis heute betrachtet, so Axt, könne man sie in fünf Phasen einteilen, die unterschiedliche politische Gewichtung gehabt hätten. Von 1946

bis 1960 gab es de facto ein Zweiparteiensystem – die Kemalisten auf der einen Seite und die demokratische Partei als konservative Kraft auf der anderen. In den nachfolgenden 20 Jahren – von 1960 bis 1980 (unterbrochen durch den Militärputsch von 1980) – kamen erstmals islamistische, nationalistische Kräfte auf, die vorher in dem Maße nicht vertreten waren. Das Ganze wurde dann unterbrochen durch den Militärputsch, der ein Parteienverbot der demokratischen Partei und der Nationalisten zur Folge hatte. Die 1980er Jahre seien signifikant für den Aufstieg der liberalen Kräfte gewesen, wie der Mutterlandspartei von Turgut Özal, die ein Interesse daran hatten, dass das Modernisierungs- und Entwicklungsmodell, das sehr stark auf staatliche Institutionen ausgerichtet war, ergänzt wurde durch mehr Privatinitiative, liberale und deregulierte Modelle, so Axt weiter in seinen Ausführungen. Dieser Prozess, der von den frühen 1980er Jahren bis 1995 anhielt, sei schließlich auch ein Faktor für das spätere Aufkommen der AKP gewesen. Ab 1995 bis 2002 habe dann eine Phase der Zersplitterung des Parteiensystems und der Instabilität eingesetzt, von der die AKP entscheidend profitiert habe. Erdoğan's „Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung“ habe zumindest anfänglich den Erwartungen vieler Türken entsprochen, eine stabile innenpolitische Lage herbeizuführen. Axt glaubte, dass die AKP im Jahr 2002 ihren politischen Siegeszug antreten konnte, nachdem sie bei den Wahlen zum ersten Mal 34 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnte.

Laut Axt hat es die AKP seit 2002 meisterhaft verstanden, bestimmte traditionelle und konservative Wählerschichten für sich zu mobilisieren, aber auch solche islamischen oder auch islamistischen Elemente, die früher Necmettin Erbakan auf sich vereinigt hat. Der AKP sei es auch gelungen, den Liberalismus der Mutterlandspartei mitzutransportieren und schließlich zum Vehikel ihres eigenen Erfolgs zu machen. – Ferner verwies Axt in seinem Referat auf den ökonomischen Erfolg der AKP-Regierung: Das rasante Bruttoinlandsprodukt mit Spitzenwerten von zum Teil über neun Prozent, das Wirtschaftswachstum, den gewachsenen Wohlstand. Doch gab es – laut Axt – hierbei auch Risiken und Stolpersteine, die sich wohl auch bei der diesjährigen Parlamentswahl bemerkbar gemacht hätten: Nämlich das rückläufige Wachstum, die zunehmend defizitäre Leistungsbilanz, die private Verschuldung, die autoritäre Machtentfaltung sowie die damit einhergehende Konfrontation mit Teilen der Zivilgesellschaft (wie dies bei den Gezi Park-Protesten deutlich wurde). Es seien daher viele Faktoren, die dafür sprechen, „dass die Wahlen genau so ausgegangen sind, wie sie ausgegangen sind“, so Axt. Außerdem habe die AKP, die früher kleinere und mittlere Unternehmer Anatoliens unterstützte, diese so genannten „anatolischen Tiger“ zunehmend vernachlässigt, da die Partei in ökonomischer Hinsicht sich zunehmend an Großprojekten orientierte: Den Bau des Präsidentenpalastes, der dritten Bosphorus-Brücke, des größten Flughafens Istanbul etc. – Mammutprojekte, die nicht mehr die ökonomische Anziehungskraft oder den Impuls auf diese traditionellen Wählerschichten der AKP ausgeübt hätten, wie das noch unmittelbar nach 2002 der Fall gewesen sei.

Prof. Axt gab abschließend zu bedenken, dass bei den vergangenen Wahlen offensichtlich viele Türken aus taktischen Erwägungen heraus gewählt hätten. Man habe der AKP die Stimme entzogen und der pro-kurdischen HDP gegeben, um zu verhindern, dass die AKP zu stark wird (was durch ihr Vorhaben, ein Präsidialsystem einzuführen, gewiss auch der Fall gewesen wäre).

Botschafter Dr. *Geert-Hinrich Ahrens*, Leiter der OSZE-Wahlbeobachtungskommission in der Türkei, welche die vergangenen Parlamentswahlen in der Türkei beobachtet hatte, berichtete, dass der Urnengang vom 7. Juni 2015 von einer aktiven und hohen Wahlbeteiligung gekennzeichnet war – genau wie der Wahlkampf im Vorfeld. Auch das Parteienspektrum und die Anzahl der Parteien seien vielfältig, doch begrenze die türkische 10-Prozent-Klausel jeden politischen Pluralismus, betonte Ahrens. Auch die Situation der Medien rufe ernste Besorgnis hervor, da regierungskritische Pressevertreter im Wahlverlauf unter Druck gesetzt und einge-

schüchtern worden seien. Auch sei es am Wahltag und im Vorfeld des Urnengangs zu gewaltsamen Zwischenfällen gekommen. Ganz ordnungsgemäß seien die Wahlen daher nicht verlaufen. Die Schwachstellen der Wahlen waren aus Ahrens Sicht der sakrosankte Status des Präsidenten (auch wenn dieser klar die Verfassung verletzte), die 10-Prozent-Hürde sowie die Unanfechtbarkeit der Beschlüsse des Obersten Wahlrats, d.h. die Unmöglichkeit, die Entscheidungen der Wahlverwaltung juristisch anzufechten.

Dr. *Yaşar Aydın* von der HafenCity Universität Hamburg erläuterte, dass sich bei der Parlamentswahl 2015 der Trend zu einem „Vier-Parteien-System“ fortgesetzt habe. In den 1990er Jahren habe es eine Fragmentierung des Parteiensystems gegeben, so Aydın, seit 2002 eine Defragmentierung – und jetzt laufe alles auf ein „Vier-Parteien-System“ hinaus, wobei jedoch ein Zentrum nicht mehr erkennbar sei. „Wir haben im Zentrum nur die CHP, aber im rechten Zentrum gibt es keine Mitte-Rechts-Partei, man kann die AKP sehr schlecht als eine Mitte-Rechts-Partei bezeichnen, und an den Rändern sind die MHP und die HDP gewachsen“, berichtete Aydın. In diesem Kontext betonte er die wichtige Rolle der HDP etwa bei der Verfassungsänderung. Man könnte den Erfolg der HDP auch als „ethnische Konsolidierung“ bezeichnen. Denn trotz ihrer Rhetorik sei die HDP immer noch eine kurdische Partei, die von 75 bis 76 Prozent der Kurden gewählt wurde, der Anteil von Nicht-Kurden in der HDP sei nach wie vor sehr gering. Der Wahlkampf der Kurden aber fokussierte eine Demokratisierung in der gesamten Türkei, um größere Wählerschichten zu erschließen, so Aydın. Und dieses politische Konzept habe schließlich zum Erfolg geführt.

Die Frage von Diskussionsleiter *Atilla Türk*, Vorsitzender der Deutsch-Türkischen Gesellschaft e.V. Bonn, ob die Stimmenverluste für Erdoğan's AKP bei den Parlamentswahlen vorhersehbar gewesen seien, bejahte Prof. Dr. *Udo Steinbach*, Berlin, Humboldt-Viadrina School of Governance, da der Umgang Erdoğan's mit der türkischen Öffentlichkeit bei den Wählern nicht gut angekommen sei. Klar geschadet habe dem Staatspräsidenten vor allem auch die Behandlung des Kobanê-Problems. Vor allem bei den kurdischen Wählern sei Erdoğan's Politik nicht gut angekommen, da sich viele in der dramatischen Situation der Stadt allein gelassen gesehen hätten. Zwar habe Erdoğan immer wieder einen Versöhnungsprozess mit den Kurden angekündigt, der jedoch auf der Strecke blieb. „In diesem Kontext sieht man auch, wie sich die türkische Armee zurückgehalten hat, wie Erdoğan die Kurden behindert hat, die in Kobanê im Kampf gegen den ‚Islamischen Staat‘ angetreten sind. Allein diese Beispiele lassen erkennen, dass politische Unstimmigkeiten vorherrschen, dass Fehler gemacht wurden, die erwarten ließen, dass er weniger Wählerstimmen bekommen würde“, konstatierte Steinbach. Entscheidend sei jedoch bei den diesjährigen Wahlen gewesen, dass die HDP ein enormes Risiko eingegangen sei, nicht wie in der Vergangenheit unabhängige Kandidaten aufzustellen und dann vielleicht mit 30, 40 Abgeordneten im Parlament vertreten zu sein, sondern eine eigene politische Partei zu präsentieren. Ihr Vorsitzender Demirtaş habe sehr wohl gewusst, dass er damit riskierte, womöglich die 10-Prozent-Hürde nicht zu schaffen – was in diesem Fall das Ergebnis der AKP wiederum nennenswert verbessert hätte.

Bahaeddin Güngör, Leiter der Türkischen Redaktion der Deutschen Welle, berichtete eingangs von seinem jüngsten Aufenthalt in Istanbul anlässlich des zweiten Jahrestags der Gezi-Proteste und von seinen Eindrücken von der gesunkenen Popularität des Staatspräsidenten innerhalb großer Teile der türkischen Zivilbevölkerung. In Hinblick auf den Wahlausgang gab Güngör zu bedenken, dass sich seiner Einschätzung nach keine Koalition abzeichnen werde – obgleich zahlreiche Koalitionsoptionen existierten. Als Gründe für die Wahlschlappe der AKP führte Güngör die Fehler von Ministerpräsident Davutoğlu an, Erdoğan in seinem Politikstil und seiner Rhetorik nachahmen zu wollen. Auch habe er seine Gegner äußerst unangemessen attackiert.

Genau wie Prof. Axt interpretierte auch Güngör, dass die Türken vor allem deshalb die prokurdische HDP gewählt haben, um Erdoğan's Machtausbau zu verhindern. Doch handle es sich dabei lediglich um „Leihstimmen“, schränkte Güngör ein: „Es steht daher zu befürchten, dass bei der nächsten Wahl – und deshalb droht Erdoğan auch damit, dass es mit der Koalition nicht klappt – diese Leihstimmen wieder an die AKP zurückfallen. Dann wäre die HDP wiederum davon bedroht, unter die 10-Prozent-Marke zu fallen.“ Erdoğan könnte sich dann mit seiner AKP wieder als strahlender Sieger inszenieren.

Dr. Ahrens bemerkte in diesem Zusammenhang, dass Erdoğan derzeit zwar nicht offen von Neuwahlen spreche, sondern von „Wahlwiederholung“, was allerdings eine ziemlich aussagekräftige Formulierung sei. Die Meinungsumfragen in der Türkei wären oft ein reines parteipolitisches Mittel zum Zweck. Während des Wahlkampfes habe die AKP ständig vorausgesagt, dass die HDP nicht mehr als acht oder neun Prozent bekäme, daher solle auch kein türkischer Bürger seine Stimme vergeuden. – Dr. Aydın hielt dagegen Neuwahlen für sehr unwahrscheinlich, weil die türkischen Abgeordneten jedes Mal viel Geld investieren müssten, um gewählt zu werden. Im Interesse der 300 neu gewählten Abgeordneten seien Neuwahlen jedenfalls nicht. Sie würden auch die AKP und ihre Parlamentarier letztlich vor eine Zerreißprobe stellen.

Aydin's Einschätzung zufolge sei in der Koalitionsfrage auch ein Bündnis von CHP und AKP durchaus möglich, es würde sogar Vorteile für beide Seiten bedeuten: „Die AKP ist einer Legitimationserosion ausgesetzt, Erdoğan hat eine schwere Wahlniederlage erlitten. Wenn es aber zu einer Koalition käme, könnte die AKP einen Neuanfang beginnen und die besagte Erosion stoppen“, meinte Aydın. Er glaubt, dass auch viele kurdische Abgeordnete der AKP ein solches Bündnis begrüßen könnten, weil sie denken, dass mit einer CHP eher der Versöhnungsprozess fortgesetzt werden kann als mit der MHP. Und auch für die CHP wäre eine Koalition ein Befreiungsschlag, da sie in der türkischen Öffentlichkeit und Politik als „ewige Oppositionspartei“ gilt. Dass sie irgendwann in den kommenden Jahren Wahlergebnisse von 40 Prozent haben könnte, gilt als äußerst unwahrscheinlich, so Aydın.

Theoretisch denkbar sei auch eine Dreierkoalition ohne die AKP, so Dr. Aydın. Er gab allerdings in diesem Zusammenhang zu bedenken, dass der Vorsitzende der nationalistischen MHP den Verhandlungsprozess mit der PKK als „Auflösungsprozess“ bezeichnet hatte, weshalb eine Dreierkoalition eher unwahrscheinlich sei. Hingegen sei eine konservativ-nationalistische Koalition aus AKP und MHP realistischer, da sehr viele Schnittmengen zwischen beiden Parteien vorhanden seien. Doch ob das auch politisch gewünscht sei, stelle eine völlig andere Frage dar. Zumindest von außen könnte man von einem solchen Bündnis keine Demokratisierung erwarten, das Image der MHP sei äußerst schlecht. Zwar habe sich die Partei seit den 1970er Jahren entwickelt und gewandelt, allerdings könne man immer noch nicht von einer demokratischen Partei sprechen, denn noch immer habe sie sich nicht mit ihrer Gewaltvergangenheit auseinandergesetzt. Zudem sei sie teilweise sehr europakritisch und habe ein „essentialistisches Nationskonzept“, konstatierte Aydın.

Abschließend würdigte Prof. Steinbach die Tatsache, dass die HDP überhaupt geschlossen als Partei auftreten konnte. Dies sei eine Sensation: „Es zeigt, dass wir es heute mit einer anderen Türkei zu tun haben – auch hinsichtlich der Kurdenfrage“, so Steinbach. „Die Kurden sind inzwischen nicht nur eine anerkannte gesellschaftliche und politische Realität, sondern stellen nun auch einen Kandidaten für das Amt des türkischen Staatspräsidenten. Und Selahattin Demirtaş hat genau das getan. Dieser charismatische Politiker versucht nun auf seine Weise, die türkische Parteienlandschaft aufzumischen.“ Man habe es heute mit einer Situation zu tun, in der sich das Parteiensystem in der Türkei durch das Entstehen der HDP möglicherweise fundamental

verändern könnte, glaubte Steinbach. In dem Augenblick jedoch, in dem die AKP mit der MHP koalieren werde die HDP vor Schwierigkeiten gestellt – nämlich, dass der Friedens- und Versöhnungsprozess zwischen dem türkischen Staat und den Kurden nicht zustande kommt. Und damit werde die kurdische Frage der HDP aus den Segeln genommen und wieder der PKK zugespield, so Steinbachs pessimistischer Ausblick.